



PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 27.03.2015

Abstimmung im Bundestag über die Einführung einer Infrastrukturabgabe

Der Deutsche Bundestag hat heute die Einführung einer „Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen“ und eines „Zweiten Verkehrssteueränderungsgesetzes“ beschlossen. Diese Abgabe ist zweckgebunden und muss EU-Rechtskonform sein. Das Verkehrsänderungsgesetz wird für die Entlastung deutscher Autohalter sorgen.

Heute hat die große Koalition die Einführung der PKW-Maut, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, beschlossen. Die Maut war niemals ein Kernthema für die SPD, wurde aber auf Bestreben der CDU/CSU in den Koalitionsvertrag aufgenommen werden.

Die SPD hat in der großen Koalition bisher viel erreicht. Mindestlohn, Elterngeld Plus, Frauenquote, kommunale Entlastungen und vieles mehr. Einiges davon hat bei der Union ähnliche Konflikte ausgelöst und Koalitionstreue abverlangt. „Vertragstreue ist für mich essentiell und ein hohes Gut im alltäglichen Miteinander“, so die Abgeordnete Glöckner. Sie erläutert weiter: “Wenn Vereinbarungen getroffen werden, ob in Politik oder im Geschäftsleben, dann muss man erwarten können, dass diese eingehalten werden.“ Im Koalitionsvertrag ist vereinbart worden, dass die PKW-Maut europarechtlich konform ist, dass deutsche Autohalter nicht zusätzlich belastet werden und das Geld vollständig in den Erhalt und Ausbau unserer Straßen fließt. Hier sieht die Abgeordnete eine wachsende Chance für einen schnelleren Straßenausbau – auch für die Region Pirmasens, Zweibrücken.

Der Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hat dem Bundestag zwei Gesetze zur Abstimmung vorgelegt. Mit diesen Gesetzen versichert er die vereinbarten Kriterien erfüllen zu können. Dafür stehen er und auch die CDU/CSU in entsprechender Verantwortung. Angelika Glöckner bekräftigt daher, dass sie sich „nach gewissenhafter Prüfung nur zur Zustimmung entschließen konnte.“